

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: S.W. 66, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Verlag und Anzeigenabteilung: Geschäftstag 8 1/2 bis 5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin S.W. 66, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292 - 297

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Curtius über die Handelspolitik.

Der goldene Mittelweg. - Kein abschließendes Urteil über das Ergebnis.

Düsseldorf, 15. September. (W.B.) Auf der Tagung des deutschen Großhandels führte Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius unter anderem folgendes aus:

Auf dem Felde der Handelspolitik liegt eine Periode intensiver Betätigung hinter uns; auch die nähere und weitere Zukunft wird eine angespannte Tätigkeit bringen. Die Schwierigkeiten, welche unserer Ausfuhr auf dem Weltmarkt begegnen und deren Beseitigung das Ziel unserer Handelspolitik ist, sind Ihnen wohl bekannt. Den schlimmsten Widerstand bieten die protektionistischen und autarkischen Bestrebungen, die sich sowohl in den außereuropäischen Ländern breitmachten, die mehr und mehr zur Selbstverarbeitug ihrer Rohstoffe schreiten als auch in den europäischen Ländern, wo der wirtschaftliche Nationalismus manchmal wahre Orgien feiert. Wohin wir blicken, geradegu ein Gemirr von Schranken und Stachelndrähnen, die abgebaut werden müssen.

Natürlich ist die Reaktion auf die Erstarkung der wirtschaftsnationalistischen Tendenzen nicht ausgeblieben. Der protektionistische Wettlauf hat dem Gedanken der europäischen Zollunion zu neuer ungehörter Lebenskraft verholfen und selbst Kreise in seinen Bann gezogen, die ihm bisher steptisch gegenüberstanden.

Deutschland wird, so wie es geographisch in der Mitte liegt, so auch zwischen diesen beiden Extremen kühl und verständlich, unbeirrt von Schlagworten und nur von seinen eigenen Interessen geleitet, den rechten Weg suchen müssen.

Dah dieser Weg von dem überspannten Protektionismus, der den Kampf aller gegen alle bedeutet und an dessen Ende die Zertrümmerung der europäischen Wirtschaft durch den amerikanischen Wirtschaftstoloz steht, dah dieser Weg vom wirtschaftlichen Nationalismus in der Richtung einer umfassenderen Wirtschaftssolidarität der nächst betroffenen Völker hinzuföhren hat, darüber kann man wohl kaum im Zweifel sein, auch dann nicht, wenn man das letzte Ziel, das auf diesem Wege liegt, die europäische Zollunion, als eine Utopie ansieht.

Diesen Weg geht unsere Handelsvertragspolitik, die wir unter dem Grundsatz der uneingeschränkten Meistbegünstigung mit Tarifabreden föhren. Stehen die Neuhauschen sowie die Niebschen Vorschläge zum mindesten nicht im Gegensatz zu den

für unsere Handelspolitik zurzeit maßgebenden Richtlinien, so wird von anderen Kritikern und Ratgebern an dem föhrenden Gedanken der Meistbegünstigung heftige Kritik geübt. Man sucht das Heil in einer Umgestaltung unseres Zolltarifschemas, in der Einföhrung eines Doppeltarifs, in der Einföhrung des Reziprozitätssystems u. a. m. Dazu muß ich auch heute wieder sagen, dah mir sehr nicht der Zeitpunkt geeignet erscheint, die organische Entwicklung unserer Handelspolitik durch fragwürdige Experimente zu unterbrechen. Troh mancher mißlichen Erfahrungen glaube ich, dah die Befolgung des Meistbegünstigungsgrundsatzes am ersten geeignet ist, uns dem Ziele näher zu bringen. Wir müssen jedenfalls am bisherigen System so lange festhalten, bis die noch fehlenden Handelsverträge abgeschlossen sind.

Es wird noch eine geraume Zeit dauern, bis wir in der Lage sein werden, wirklich zuverläßig die Ergebnisse unserer bisherigen Handelspolitik zu übersehen.

Vor allen Dingen auch ein Urteil darüber zu gewinnen, wie die noch kaum ein Jahr in Kraft befindliche Zolltarifnovelle und das auf dieser Grundlage und auf Grund der letzten Handelsvertragsverhandlungen gewonnene Vertragszollsystem, das noch durch die bevorstehenden und schwebenden Verhandlungen (Polen, Licheschowatei, Frankreich) manche Ausgestaltung erfahren wird, sich auswirken. Erst wenn wir über ausreichende und zuverlässige Erfahrungen verfügen werden, wenn ferner die noch notleidenden europäischen Währungen wieder gesteuert sind und wenn Klarheit über die Richtung der französischen und englischen Handelspolitik - um nur diese zu nennen - herrscht, werden wir an das eigentliche große Handelsvertragswert, an den Aufbau eines langfristigen und lückenlosen Handelsvertragsystems herangehen können, zu dem aber vorher noch in dem neuen Zolltarif ein brauchbares Instrument geschaffen werden muß. Bis dahin werden Streitfragen, wie Meistbegünstigung und Reziprozität, Doppeltarif oder Einheitsarif, gestört werden müssen. Bis dahin werden hoffentlich auch schon Fortschritte in der Richtung von Kollektivverabredungen vorliegen und privatwirtschaftliche Vereinbarungen den Weg zur dauernden Gestaltung des Güterauslaufes geebnet haben. Das Ziel unserer Handelspolitik wird aber auch dann bleiben, Rationalwirtschaft und Weltwirtschaft in Einklang zu bringen und mit der Forderung der ersten gleichzeitig der letzten zu dienen.

Das Attentat von Leiferde.

Die Reichsbahn nun gerechtfertigt?

Von J. Schaffner (Hannover), M. d. R.

Ein hörbares Aufatmen mag durch die Amtsstuben der Reichsbahngesellschaft gegangen sein, als die Nachricht von der Feststellung der Attentäter von Leiferde ins Land gesunkn wurde. Auch das deutsche Volk würde mit Freuden aufatmen, wenn es das sichere Gefühl haben könnte, dah mit der Dingfestmachung zweier entgleister Menschen nun ja wieder alles gut geworden sei. Doch weit gefehlt. Herrscht doch in den allerweitesten Volksteilen - auch in den der Reichsbahn sonst wirklich wohlgeonnenen - die felsenfeste Ueberzeugung, dah auch der Erfolg des Attentats von Leiferde im wesentlichen als Ausfluß eines fehlerhaften Systems zu werten ist. Das ist nun einmal die einhellige Meinung fast des ganzen Volkes. Sie ist selbst in der Rechtspreffe zum Ausdruck gekommen; also in den Kreisen, die sich gewöhnlich durch die Lektüre von Zeitungsnotizen, nach denen ein oder mehrere Menschen auf dem Schlachtfeld der Arbeit verbluteten, ihr Frühstück und ihre gute Laune kaum verderben lassen. Gewiß, es handelt sich hier ja nur um Arbeiterblut. Aber Eisenbahnkatastrophen pflegen mit ihrem rohen Arm selbst vor Besitzenden nicht halt zu machen. Gegen eine solche Schicksalsgemeinschaft und eine solche Gleichmacherei muß man sich wenden. Die nette und ansändige Gesellschaft hört also in solchen Fällen etwas deutlicher als das sonst der Fall zu sein pflegt. Man kann ja nie wissen...

Die Reichsbahngesellschaft mühte sehr schlecht beraten sein, wenn sie die bejorgten Stimmen aus dem Volke in den Wind schlagen wollte. Sie muß sich wieder erinnern, dah es Eigentum des deutschen Volkes ist, das sie verwaltet. Sie darf nicht vergessen, dah Gut und Blut, Leben und Gesundheit des deutschen Volkes in ihre Hand gegeben, von dem Ansehen der Reichsbahn in der Welt gar nicht zu reden. Die Reichsbahn hat also die moralische Verpflichtung, alle Maßnahmen zu unterlassen, die die Betriebssicherheit beeinträchtigen und damit Gesundheit und Ansehen des Volkes gefährden. Dah sie diesen Verpflichtungen immer nachgekommen, läßt sich leider nicht behaupten. Sie hat Personalabbau betrieben in einem Maße, das den geordneten Betrieb der Bahn in Frage stellt. So wurde nach unten hin „gespart“; nach oben hin wurde das Geld der Reichsbahnkunden mit Scheffeln geschanzl. Bahnmateriale und Streckenkontrolle wurden vernachlässigt. Wenn dem aber nicht so sein soll, ja warum in aller Welt verbietet man denn den Eisenbahnern den Mund? Laßt doch die Eisenbahner reden! Untersucht ihre Angaben durch eine unparteiische Instanz! Sie sind übrigens ebenso glaubwürdig wie die Reichsbahndirektionen. Sie tun ebenfalls Volkssdienst, wie die Leitung der Reichsbahn ihn zu tun vorgibt.

Was soll man zum Beispiel gegenüber den Beteuerungen der Reichsbahn sagen, wenn nach einer W.B.-Melbung in einer Sitzung der „Gewerkschaft Deutscher Eisenbahner“, der „Gewerkschaft Technischer Eisenbahnbeamter“ und des „Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands“ in Hagen unter andern ein Fall angeführt wurde, in „dem ein Gleis durch ein Signal dauernd gesichert werden mühte, weil es in so schlechtem Zustande sei; 120 Kilometer Gleis innerhalb des Direktionsbezirks Elberfeld und 56 Weichen seien mit dem Umbau im Rückstande“. So oder so ähnlich scheint es nach zuverlässigen Nachrichten an sehr vielen Stellen des Reiches zu sein. Ich persönlich habe mich auf einigen Abschnitten der Strecke Berlin-Hannover im Beisein des Bezirkssekretärs des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands, Herrn Winter, überzeugen müssen, dah ein erheblicher Teil aller Schwellenschrauben so lose sitzt, dah die Unterlegscheiben mit der Hand nach Belieben zu drehen und häufig 2 bis 3 Millimeter zu heben sind. Schwellenschrauben können ohne jedes Werkzeug, also mit bloßen Fingern und ohne jede Krastanstrengung herausgeschraubt, ja fast herausgehoben werden. Es fällt mir nun nicht ein, zu behaupten, dah diese Umstände die Ursache für Eisenbahnunfälle sein müssen. Aber alle Eisenbahn-„Fachmänner“ vermögen nicht hinwegzuleugnen, dah sie beim Auftreten gewisser ungünstiger Faktoren, z. B. besonders heftigen Schleuderbewegungen, selbst auf völlig geraden Strecken die Ursache für Entgleisungen sein können. Dah die Gefahrenquelle in Kurven eine wesentlich größere ist, ist selbstverständlich. Die Herren Eisenbahnattentäter werden übrigens für die leichte Lösbarkeit der Aufgabe der Schienenlösung gewiß recht dankbar sein.

Die Reichsbahndirektion scheint sehr verliebt zu sein in ihre bis in die neueste Zeit hinein wiederholte Behauptung, dah auch eine wesentlich vermehrte Streckenbegehung an den Unfällen nichts ändern könne. Trifft das zu, dann bitte ich um Beantwortung der Frage, warum nach un widersprochenen Pressemeldungen bei der Reise des Herrn Reichspräsidenten nach Dietramszell für jeden Kilometer Gleislänge ein wachhabender Streckenwarter aufgestellt worden ist? Hiernach scheint es, als ob selbst die Reichsbahn verstärkte Streckenwache bzw. Streckenbegehung als ein Mittel zur Erhöhung der Verkehrssicherheit zu würdigen weiß. Vielleicht gibt sie bei dieser Gelegenheit

Die Reichsfinanzen im August.

Erstmalig hohe Besitzsteuererträge.

Der Ueberblick über die Steuereinnahmen des Reichs im Monat August, die das Reichsfinanzministerium soden veröffentlicht, kommt diesmal keine besondere Bedeutung zu, weil es sich um einen Zwischenmonat handelt, in dem nur die Monatszahlungen und nicht die Vierteljahrszahlungen auf die großen Steuern fallen. Er entspricht in seiner Bedeutung etwa dem Monat Mai. Erst wenn auch der Abschluß über den Monat September und damit das Ergebnis des ersten halben Jahres des Rechnungsjahres 1926 vorliegt, wird man mit größerer Sicherheit ein Urteil über die Entwicklung der Reichsfinanzen fällen können.

Von den Ergebnissen der einzelnen Steuern verdienen folgende besondere Beachtung: Das Einkommen der Lohnsteuer ist mit 93 Millionen etwa ebenso hoch wie in den Vormonaten. Wenn man die Erstattungen hinzurechnet, betrug es im Juni 92,6 Millionen, im Juli 94,5 Millionen.

Erstmalig bringen jetzt auch die Besitzsteuern erhöhte Erträge. So kamen aus der veranlagten Einkommensteuer 122 Millionen, aus der Körperschaftsteuer und aus der Vermögenssteuer je 57 Millionen auf. Insgesamt haben also diese drei Steuern im August 236 Millionen gebracht gegenüber 214 Millionen im Juli. Diese hohen Erträge sind auf die Abschlußzahlungen zurückzuführen, die jetzt allgemein auf Grund der Steuerbescheide für das Jahr 1925 zu leisten sind.

Während die Einkommen- und Körperschaftsteuer schon im Vormonat ähnliche Erträge gebracht hatten, weist die Vermögenssteuer in diesem Monat zum erstenmal ein Aufkommen auf, das dem Vorschlag entspricht. Hierbei ist zu beachten, dah die Vorarbeiten für die Veranlagung zu der Vermögenssteuer besonders viel Zeit in Anspruch genommen haben, dah aber die Veranlagung diesmal zugleich für zwei Jahre gilt.

Neben diesen Steuern nimmt sich der Ertrag der Erbschaftsteuer, die eigentlich die vierte große Besitzsteuer sein sollte, unerhör kümmerlich aus. Ganze 1 1/4 Millionen sind in diesem Monat, kaum 10 Millionen in den ersten fünf Monaten des Rechnungsjahres auf gekommen, während nach dem Vorschlag für die Zeit 25 Millionen erwartet wurden. Die Erbschaftsteuer bleibt also am weitesten hinter dem Vorschlag zurück.

Die Umsatzsteuer brachte ebenso viel wie im Mai, nämlich 61,9 Millionen. Die Beförderungssteuer wies im August ein Aufkommen von 28 Millionen gegenüber 21 Millionen im Mai auf; diese Steigerung ist vor allem auf die erhöhten Einnahmen aus dem Personenverkehr in der Reisezeit zurückzuführen. Sehr hohe Rezheneinnahmen sind bei den Zöllen und Verbrauchssteuern zu verzeichnen. Die Zölle brachten 44,8 Millionen auf, das sind 10 Millionen mehr als im Mai und 14 Millionen mehr als im August 1925. Der Ertrag der Zuckersteuer beläuft sich auf 27,9, der Ertrag der Biersteuer auf 26,2 Millionen. Die

entsprechenden Ziffern im Mai waren nur 19 und 21 Millionen. Insgesamt hat sich dadurch der Ertrag der Zölle und Verbrauchsabgaben auf 189,5 Millionen erhöht.

Das Gesamtergebnis des Monats August erreicht die beachtliche Höhe von 651,4 Millionen; es übertrifft damit das Ergebnis des Monats Mai um mehr als 200 Millionen, das des Monats August 1925 um rund 130 Millionen. Dieses günstige Ergebnis ist diesmal größtenteils auf die erhöhten Erträge der Besitzsteuern zurückzuführen. Aber diese erhöhten Erträge, die wiederum in dem Abschluß der Veranlagungen für das Jahr 1925 ihre Ursache haben, kommen nicht unerwartet, sie werden nötig sein, damit diese Steuern ihre Vorschläge erreichen.

Eine allgemeine Besserung der Reichsfinanzen kann daher aus dem Ergebnis dieser Steuern noch nicht geschlossen werden. Diejenigen Steuern aber, die unmittelbar unter dem Einfluß der Wirtschaftskrise stehen, weisen gegenüber den Vormonaten, soweit darin keine Vierteljahrszahlungen enthalten sind, keine wesentliche Verbesserung auf. Lohnsteuer, Umsatzsteuer und Beförderungssteuer brachten etwa dieselben Erträge wie im Juni und Mai. Von einer Besserung der Wirtschaftslage ist deshalb bei diesen Steuern im Monat August ebenso wenig zu merken wie im Vormonat.

Die Ratsreform vor der Vollversammlung.

Lebhafte, aber fruchtlose Debatte.

V. Sch. Genf, 15. September. (Eigener Drahtbericht.) Heute morgen begann in der Völlerbunderversammlung die Diskussion über die Ratsreform. Bundespräsident Motta legte als Berichtstatter der Kommission die Gründe dar, die für die Annahme der Kommissionskompromisse sprechen.

Die Diskussion war lebhaft, aber sie hatte keinerlei neue Gesichtspunkte. Sie konnte heute morgen noch nicht zu Ende geführt werden.

Amerikas Tribute an Europa.

Die Milliardenausgaben amerikanischer Touristen.

Washington, 15. September. (E.P.) Das Staatsdepartement teilt mit, dah die amerikanischen Touristen in Europa bis Ende dieses Jahres 700 Millionen Dollars ausgegeben haben werden gegenüber 500 Millionen Dollar im Vorjahre. Außerdem seien von den europäischen Emigranten in Amerika 900 Millionen Dollar nach Europa gesandt worden.

Wenn man annehme, dah im Durchschnitt jedes Jahr durch die Emigranten und die amerikanischen Touristen 1,2 Milliarden Dollar nach Europa gelangten, so ergebe sich, dah in zehn Jahren so viel amerikanisches Geld nach Europa komme, als Europa in 68 Jahren an Amerika bezahlen soll.

auch Auskunft, wer die 5 Minuten dem Präsidentenzuge vorauslaufende Lokomotive bezahlte und welcher Betrag dafür geleistet worden ist? Daß die Lokomotive die rund 700 Kilometer lange Strecke zu Lauden der Reichsbahn gefahren haben sollte, kann doch bei der bekannten Sparsamkeit im Reichsbahnbetriebe nicht angenommen werden.

Alles in allem: Die Attentäter von Kaiserode sind gefangen. Das System, dessen Gefahren wie Damoklesschwert über den Häuptern der Reisenden schweben, ist noch nicht gewandelt. Daß es gewandelt werde, ist heiligste Aufgabe aller Kräfte und Kreise, die Einfluß auf diese Dinge haben, insbesondere der Gesetzgebung. Versprechungen der Reichsbahn allein können in diesem Stadium nicht mehr genügen.

Das Mauerblümchen.

Klage des Herrn v. Graefe über mangelnde Respektierung.

Nach dem Parteitag der Württembergischen folgt der Kagenjammer. Da hat Herr von Graefe einen Parteitag abgehalten, damit die Welt erfährt, daß er noch da ist und noch so etwas wie Rudimente einer Partei hat. Er hat selbst eine Rede gehalten, und hat dann mit heiligem Bemühen in der Presse geforscht, ob sein Gesang gebührend gewürdigt worden ist. Doch ach, er hat vergebens geforscht. Bitter klagt er im „Deutschen Tageblatt“:

Bemerkenswert ist ferner, daß ausgerechnet die „Kreuzzeitung“, die doch unseres Wissens immer noch als offizielles Organ der Konservativen gilt, einen auffallend lakonischen Bericht bringt, was nicht recht harmonisiert mit den freundschaftlichen Worten der offiziellen konservativen Führer zu unserer Bewegung. Sollte vielleicht die Situation hier ähnlich sein, wie bei der „Deutschen Tageszeitung“, die nur noch nominell das „Landesorgan“ ist, während die hinter dem Verlage stehenden Finanzkreise als politische Herren im Hause unter der die Leser täuschenden alten Firma ausgesprochen antinöthliche, um nicht zu sagen verstellte Stresemann-Politik treiben? Man denkt beim Lesen des „Kreuzzeitung“-Berichtes jedenfalls nicht ohne Unbehagen an die bekannten Verhandlungen des Verlages mit Reichberg zurück!

Auffallend lakonischer Bericht? Die gereizte Primadonna antwortet mit kleinen Bosheiten. Sie will nicht nur im trauten Beisammensein, sondern auch in der Öffentlichkeit gekannt und anerkannt werden.

Die Spalter — für Parteieinheit.

Aus dem kommunistischen Diskussionsklub.

Seider sind unsere Beziehungen zur kommunistischen Opposition doch nicht so eng, wie die „Rote Fahne“ es in jeder Nummer aus sehr begrifflichen Gründen annehmen möchte. Deshalb sind wir auch noch nicht im Besitze des Memorandums der oppositionellen Gruppen der SPD. Nach Angaben der „Roten Fahne“ ist dieses Memorandum eine Broschüre, die innerhalb der kommunistischen Partei von den Linken verbreitet wird. Das zentrale Blatt bezeichnet sie als eine offizielle Ausgabe der „Weddinger Opposition“ und der „Urbahns-Gruppe“. Trotz heißen Bemühens fällt es schwer, aus der Schilderung der „Roten Fahne“ genau festzustellen, was in diesem fürchtbaren, verabscheuungswürdigen Dokument an menschlichen Gemeinheiten enthalten ist. Offenbar beschäftigt sich das Memorandum hauptsächlich mit der theologischen Diskussion über den Charakter des russischen Staatskapitalismus. Die bloße Beschäftigung genügt allerdings, um das Memorandum zu einem menschlichen Werk zu stampeln. Wichtiger scheint uns eine Resolution eines Berliner Verwaltungsbezirks, die offenbar parteiunabhängig ist. Darin wird festgestellt, daß die „Agenten und Beauftragten der ausgeschlossenen Renegaten Maslow und Fischer“ auf Parteiloyalität hinarbeiten und daß diese Bezeichnung vor allen Dingen auf diejenigen Unterzeichner der bekannten Erklärung zutrifft, die führende Posten in der Partei bekleiden. Das ist dieselbe Linie, wie sie Wilhelm Pieck in seinem wehmütigen Artikel be-

zogen hat. Man kann also damit rechnen, daß die Agenten in beträchtlicher Anzahl demnächst hinausgeschmissen werden. Das ist natürlich beiseite keine Spaltung der SPD., das ist selbstverständlich nur eine Stärkung der einzigen klassenbewußten Arbeiterpartei.

Gemeinschaf des Landtages.

Beweisbeschluss im Falle Zahnte.

Der Gemeinschaf des Preussischen Landtags verhandelte heute morgen über die Fortsetzung der Beweisbeschlüsse im Falle Zahnte. Die Verhandlung ist dadurch hervorgerufen worden, daß im Ausschuf die Aussage eines Kunstgewerblers Paul Schmidt aus den Polizeilisten verlesen wurde. Diese Aussage berichtet von einer Sitzung, an der Buchrucker, Oppen und andere Putschisten teilgenommen haben sollen. In dieser Sitzung sei die Befestigung von Severing und Stresemann entweder durch Verhaftung oder Ermordung als Einleitung des Putsches besprochen worden. Schmidt habe im Auftrag der D. C. diese Sitzung zu überwachen, hat ihr jedoch nicht beigewohnt, sondern läßt sich auf die Aussage eines Gewährsmannes, den er vor der Polizei nicht genannt hat. Der Ausschuf hat beschlossen, Schmidt zu vernehmen und nach seinem Gewährsmann zu fragen.

Zu den Aussagen des Zschauer über die Rolle des Rechtsanwalts Dr. Saß, über die wir gestern berichteten, schickt uns Dr. Saß folgende Berichtigung:

1. Es ist unklar, daß ich mich in dem Verfahren gegen die Mörder des Ministers Rathenau in irgendwelcher Weise an einer Begünstigung, Fluchtbeihilfe oder Vermittlung von Nordplänen beteiligt habe oder Mitwisser von Nordversuchen gewesen bin.
2. Es ist insbesondere unklar, daß ich an Tschow, Tillissen oder sonst wen Kassiber ins Gefängnis geschmuggelt habe.
3. Es ist insbesondere unklar, daß ich für die Flucht des Tschow ein Motorrad, einen falschen Paß oder Geld bereitgestellt hätte.
4. Es ist unklar, daß ich dem Tschow über die Herstellung von vergiftetem Konfekt zur Ermordung des Günsters etwas mitgeteilt hätte oder daß mir von einem solchen Nordplan überhaupt etwas bekannt gewesen wäre.
5. Ebenso unklar ist, daß ich dem Tschow von einem Beweisbeschluss der Organisation Consul, lästige Mitwisser aus der Welt zu schaffen, Mitteilung gemacht hätte; auch ein solcher Beweisbeschluss ist mir unbekannt.
6. Unklar ist, daß ich an einem Kassiberverkehr unter dem Stichwort „Roselwein“ mit Tschow mich beteiligt hätte.
7. Unklar ist, daß ich an einem Kassiberverkehr mit Tillissen unter dem Stichwort „Soaled“ mich beteiligt hätte.
8. Unklar ist, daß ich mich an einer Korrespondenz, durch die ein Fluchtplan des Tschow vorbereitet werden sollte, beteiligt hätte.
9. Es ist unklar, daß in irgendeinem an mich gelangten Schriftstück Tschow für sich das Amt eines Femeerichters oder Vollstreckers über den Mitterrurteilen Günsters erbeten hätte.
10. Unklar ist endlich, daß der Techniker Zschauer, der sich zu Unrecht als stud. ing., Offizier und dergleichen bezeichnet, im Rathenau-Prozess als Angeklagter freigesprochen worden ist, er ist vielmehr in einem Prozeß wegen Landesverrats an Frankreich vom Reichsgericht zu 3 1/2 Jahren Zuchthaus verurteilt worden.

Das Verbot der „Standarte“.

Preussisches Innenministerium gegen jede Wälderung.

Bei dem preussischen Minister des Innern ist die Beschwerde gegen das Verbot der „Standarte“, Wochenchrift des neuen Nationalismus, eingegangen und, den gesetzlichen Bestimmungen entsprechend, an den Vorsitzenden des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik weitergeleitet worden. Der Minister hat sich dabei dahin geäußert, daß er nicht in der Lage sei, das Verbot aufzuheben. Vielmehr tritt er der Auffassung des Oberpräsidenten in allen Punkten bei und hält die Verbotsdauer von drei Monaten im Hinblick auf die Schwere des Verstoßes noch für sehr gering bemessen. Der Minister beantragt daher beim Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik, die Beschwerde als unbegründet zurückzuweisen.

„Fidelio“ in der Städtischen Oper

Bruno Walter brachte gestern als Gabe zu seinem 50. Geburtstag „Fidelio“ in der Städtischen Oper heraus. Eigentlich hätte das eine musikalische und darstellerische Neuentdeckung zu Ehren des 100. Todestages Beethovens werden sollen. Über Geburtstag hin, Todestag her: man konnte Bruno Walter und sich selber und Beethoven zu dieser Aufwertung einer großen Schöpfung beglückwünschen. Das Wesentliche, das wesentlich Neue war eine musikalische Regie. Wer Walter in den Proben beobachtet hat, der wird ihm das Zeug zu einem hervorragenden musikalischen Regisseur, zu einem Erben Mahlers nicht absprechen können. Der Kapellmeister als Regisseur, das ist der wichtigste Mann, den augenblicklich die Oper braucht. Walter weiß aus dem Sinn, der Ruhe und der Egalität eine Partitur, den für die Spieler notwendigen Wechsel von Bewegung und Stille, von Aufrechten und Hinstrecken, von Resignation und Begeisterung der Mienen herauszulesen, weiß es in die Menschen, die da eigene Rollen singen wollen, freundlich und nachdrücklich als Bewegungsmelodie hineinzutreiben. Es scheint das Bewußtsein, einer großen Sache zu dienen, wichtiger als das Paradies mit Stimms und Spiel. Kein Licht, kein Schatten, keine falsche Blickrichtung scheinen ihm zu entgegen, jede Stellung ist mit dem Auge und dem Ohr für das beste Klängen erspäht. Auf dem Gesang ruht die Aufführung, die ein Meister des bel canto leitet. Die Charakterisierung der Stimmen geht zuweilen an den Füllstücken heran, die Stimmung der Luft ist die der Instrumente, das Orchester wird Dienerin und Herrin all dessen, was menschlich ergreifen soll. So ist Musikregie geschaffen. Wort und Töne, auf Deutlichkeit und Schönheit gestellt, klingen in Herzen hinein, die vielleicht noch nie so freudig und beglückt das Wort hinnahmen. Eine einzige große Szene brachte auch bei Walter nicht den Geist, nicht die Geschlossenheit und Größe zutage, die sie verdient, die sie in sich trägt und atmet: die Gesangsenszene. Auch hier war wundervoll gearbeitet, mit sparsamen Klängen gingen Kopf und Hände dem Gesang der Gesangsline nach, und die gedrückte Stimmung lebte sich gehalten, leicht, demütig aus. Dennoch war die Dekonomie des Chors hier zu uniform, es wollten sich nicht die große lebendige Einheit und Feinheit herstellen, die im Gesangslied so wohl tut. Das Problem des chorischen Singens und Agierens, ohne Vordrängen, ohne Drill, bleibt noch zu lösen.

Das Orchester musizierte unter Walter mit subtiler Annahme und Ueberlegung all seiner Wünsche. Daß diese vor der Einführung der dritten Leonore-Ouvertüre nicht halt machten, soll ihm verziehen werden. Wenn auch der dramatische Zusammenhang reizt, so wird in diesem herrlichen Konzertstück doch die freudige Stimmung so rein und groß geföhnt, daß jedes Publikum hingerissen ist. In den Kostümen und in den Bühnenbildern, von denen der Kerker und der Gefängnishof wunderbar die Freiheit des Raumes mit Gedämpftheit der Atmosphäre zu verbinden wußten, präferierte sich Alfred Roller aus Wien als einfühlsamer Theatergenie. Soweit hatte man Ausschau gehalten, um ein möglichst Vollendetes zu erzielen. Auch der Prunk an solistischen Stimmen hatte etwas Geburtstagsfeierliches. Bender, Rode, Ripnis, Helene Wildbrunn, Lotte Schöne — welche Stimmpracht, welche vornehme

Eingekultur! An ihnen, auch an Florestan-Dezsig und dem Tokuni-Somberts, merkte man, wie systematisch Walter an einem Ensemble gearbeitet hat, das seinen Anweisungen so ganz zu folgen bereit und befähigt ist.

Man hat alle Ursache, diesem mit 50 Jahren noch rüstlos strebenden, weise gewordenen Musiker zu danken, der noch den großen romantischen Schwung der Begeisterung von sich aus auf die Bühne und Publikum übertragen kann. Er wurde herrlich gefeiert und mit Dank überschüttet.

Rudolf Eucken.

Wie aus Jena gemeldet wird, ist dort der Philosoph Rudolf Eucken an einer Lungenentzündung gestorben. Eucken wurde am 5. Januar 1846 in Würzburg geboren. Nach Absolvierung des Gymnasiums studierte er in Berlin und Göttingen und widmete sich dann als Gymnasiallehrer dem praktischen Schuldienst. 1871 wurde er als ordentlicher Professor der Philosophie nach Basel berufen und ging 1874 von dort an die Universität Jena, wo er bis zum Frühjahr 1920 wirkte. Dann trat er von seinem Lehramt zurück, um sich ganz seinen wissenschaftlichen Arbeiten widmen zu können. 1908 wurde ihm der Nobelpreis für Literatur verliehen, 1912 erhielt er einen Ruf als Austauschprofessor an die amerikanische Harvard-Universität, dem er Folge leistete.

In seinen philosophischen Arbeiten verfolgte Eucken das Ziel, den Menschen das gute Gewissen zu einem Glauben an eine höhere Art der Menschheit zu geben. Mehrere seiner religions-philosophischen Werke sind ins Englische und Französische übersetzt und er hat auch seinen Haupteinfluß in Frankreich, England und Amerika gehabt, da dort die Reizung zu einer im Religiösen gipfelnden Philosophie ungleich stärker ist als in Deutschland. Indessen gewann Euckens Philosophie auch bei uns immer mehr Anhang, seitdem sich die Forderung nach neuem religiösen Leben auszubreiten begann. Mit dem Sozialismus verknüpfte sich Eucken in einer Schrift: „Der Sozialismus und seine Lebensgestaltung“ auseinander zu legen. Die Titel seiner wichtigsten Schriften sind: „Der Kampf um einen geistigen Lebensinhalt“, „Der Wahrheitsgehalt der Religion“, „Der Sinn und Wert des Lebens“, „Die Lebensanschauungen der großen Denker“. Vor einigen Jahren veröffentlichte er seine „Lebenserinnerungen“.

Die „Staatliche Hochschule für Handwerk und Baukunst, Weimar“, beginnt am 1. Oktober ihr neues Semester. Sie ist eine Hochschule für junge, begabte Handwerker und Architekten. Sie stellt sich die Aufgabe, handwerkliches und technisches Können und Wissen zu entwickeln und durchzubilden, formbildende Kräfte freizumachen und sie der Wirklichkeit einzuordnen. Die Schüler lernen auf der Grundlage wirklicher Aufgaben und schließlich durch Mitarbeit an wirklichen Aufgaben. — Die Schule besteht aus: 1. einer Bauabteilung mit dem Bauatelier und der Modell- und Versuchswerkstatt, 2. den Werkstätten: Keramische Werkstatt, Tischlereiwerkstatt, Metall- und Glaserwerkstatt, Baualerei, Weberei und Färberei, Werkstatt für Bühnengestaltung. — Für die Aufnahme entscheidet grundsätzlich die Be-

Immer wieder die Reichswehr.

Vaterländische Konzerte am Sedantag.

Der Fall Reichswehr scheint hoffnungslos. Die unteren Dienststellen können es scheinbar nicht lassen, Dumheiten zu machen. In einem Göttinger Lokalblatt lesen wir folgendes:

Vaterländisches Konzert zur Erinnerung an Sedan.

Gestern abend wiederholte unsere Reichswehrkapelle im Garten des Stadtpark ihr schon vor 14 Tagen mit großer Begeisterung aufgenommenes vaterländisches Konzert, das wegen der beiden historischen Potpourris weit aus dem Rahmen der übrigen Veranstaltungen emporragt.

Die gestrige Musik war ganz und gar dem Tage, dem es geweiht war, angepaßt, und durch und durch von deutschem Geist getragen. Ein deutsches Opern von Kreislermar Beethoven, Wagner u. a. waren im ersten Teil der Lust auf den beiden im Mittelpunkt des Abends stehenden Potpourris, das chronologische von Kaiser und Deutschlands Erinnerung an 1870/71 von Sato. Diese beiden Meisterwerke militärisch-historischer Kompositionen sind von ganz eigener und erhabener Art, die ganz besonders rührende Empfindungen in einem deutschen Herzen erzeugen. Auch diesmal ließ die Wiedergabe der Kapelle es an nichts fehlen und lieferte eine an sich ganz außergewöhnlich großen Zuspruchs erfreuende Musik.

Den Höhepunkt erreichte man unter all den Kalketen, Sprüngen, Rot- und Grünfeuer mit dem Stahlhelm und eisenen Kreuz. Auch hier nahm der Befall und die Bewunderung kein Ende. . . . So ist der große Tag von Sedan mit einer würdigen Feier begangen worden.

In Genf verhandelt der verantwortliche Reichsaussenminister mit dem Vertreter Frankreichs über eine Dauerverständigung beider Länder. Die Reichswehr aber feiert Sedanfest. Das alles nennt sich deutsche Politik.

Mieterschutz in Mecklenburg.

Die Gärten des deutschen Nationalen Regimes werden beseitigt.

Schwerin, 15. September. (Eigener Drahtbericht.) Das mecklenburgische Ministerium des Innern hat folgende Verordnung zur Verbesserung des Mieterschutzes erlassen: „Unter Aushebung der Bekanntmachung vom 25. Juni 1926 über Mietzinsbildung wird angeordnet: 1. Die gesetzliche Mietsätze betragen vom 1. Oktober d. J. ab 101 Proz. der Friedensmiete, wovon 30 Proz. als Instandhaltungskosten zu rechnen sind. 2. Die gesetzliche Mietsätze für Räume, die ausschließlich für gewerbliche oder geschäftliche Zwecke benutzt werden, betragen mit Wirkung vom 1. Oktober d. J. ab 110 Proz. der Friedensmiete. Bei Streitigkeiten über die Frage, ob im Einzelfall ein Raum ausschließlich für gewerbliche oder geschäftliche Zwecke benutzt wird, sowie bei Streitigkeiten über die Höhe des auf die gewerblichen oder geschäftlichen Zwecken dienenden Räume entfallenden Teiles der Mietsätze, falls zugleich Wohnräume mitvermietet sind, entscheidet das Mieteinigungsamt. 3. Die bisher geltenden Zuschläge im Falle der Untervermietung fallen mit Wirkung vom 1. Oktober 1926 ab fort. (Diese betragen bisher 23 1/2 Proz. der Friedensmiete.) Die gesetzliche Mietsätze für Räume, die in Bade-, Kur- und Erholungsorten an Bade-, Kur- und Erholungs-gäste übermietet werden, betragen gleichfalls, und zwar bereits mit Wirkung vom 1. Juli d. J. ab 101 Proz. der Friedensmiete (bisher 115 Proz.).“ — Durch diese Verordnung der neuen Regierung werden verschiedene Härten beseitigt, die von der Brandenstein-Regierung auf dem Gebiete der Wohnungswirtschaft verursacht worden waren.

Die Spaltung im „Jungdeutschen Orden“. II. meldet aus Dresden: Eine große Anzahl der führenden Persönlichkeiten des Jungdeutschen Ordens in der Lausitz hat sich zu einem Jungdeutschen Bunde zusammengeschlossen unter Austritt aus dem Jungdeutschen Orden. Aus dem übrigen Sachsen und aus Teilen Schlesiens liegen bereits Anmeldungen zu diesem Bunde vor.

Liberaler Wahlsieg in Kanada. Sechs alte konservative Minister, unter ihnen Reighen, haben ihre Sitze verloren. Nach den letzten Ergebnissen entfallen auf die Liberalen 116, auf die Konservativen 88 und auf andere Parteien 30 Sitze.

In der Regel wird vorausgesetzt: für die Bauabteilung Abschlussprüfung einer anerkannten Bauerschule oder Borengamen einer technischen Hochschule, für die Werkstätte in Gefellensprüfung in einem einschlägigen Handwerk. Ausnahmsweise werden Lehrlinge aufgenommen, insbesondere in der Keramischen Werkstatt und in der Weberei.

Das erste Gezeiten-Kraftwerk. Die Flutmühle war schon im Jahre 1498 bekannt, eine Ausnützung von Ebbe und Flut im großen aber ist erst durch die Entwicklung der elektrischen Arbeitsübertragung möglich geworden. Auf diesem Gebiete, auf dem auch deutsche Gelehrte, wie z. B. Geheimrat Krich in Heidelberg, sich mit Erfolg betätigten, hat man nun in Frankreich einen praktischen Versuch gemacht, über den die Wiener Geographische Gesellschaft in ihren Mitteilungen berichtet. Die Société française pour l'industrie hat dabei die natürliche Beschaffenheit der Räfte in der Bretagne und in der Normandie benutzt, die mit ihren zahlreichen Einschnitten die Schaffung von Staubecken und Staudämmen sehr erleichtert, wie sie zur Regulierung der durch die Gezeiten hervorgerufenen Niveau-schwankungen notwendig sind. Zunächst hat man nördlich von Brest im Rindungstrichter eines kleinen, sich ins Meer ergießenden Wasserlaufs ein solches Werk angelegt. Die mögliche mittlere Kraft-erzeugung wird auf monatlich 1300 PS im Sommer, 2100 PS im Winter geschätzt.

Umkehrung der Abstammungslehre? Auf der Anthropologentagung in Salzburg hielt der Rufus des Pathologischen Museums in Berlin, Prof. Max Westenhöfer, einen aufsehenerregenden Vortrag, in dem er aus gewissen Tatsachen der Morphologie innerer Organe und aus der Geschichte der Entwicklung des menschlichen Gehirns, des Rindes und der Sprungelenke, die den aufrechten Gang ermöglichen, eine vollkommene Umkehrung der Darwinischen Abstammungstheorie ableitete und den Menschen als die älteste Säugetierform bezeichnete. Man wird die weitere Diskussion über Westenhöfers Formulierungen abwarten müssen. Sollten sie sich bestätigen, so dürfte aus ihnen einerseits eine vollkommene Umgruppierung der einzelnen Gruppen der Abstammungstheorie, andererseits und vor allen Dingen eine definitive Wälderung der häckelschen Abstammungslehre resultieren.

Die Buchhandlung Arthur Collignon, Wilhelmstr. 69, zeigt vom 15. September bis 15. Oktober farbige Wiedergaben der Photographischen Gesellschaft von Gemälden aus Berliner Museen. Eintritt frei!

Die Jugendweihe der Freidenker in Tempelhof-Mariendorf findet am Sonntag, den 19. September, vormittags 10 Uhr, in der Oberrealschule in Mariendorf, Kaiserstraße, statt. Mitwirkende: Weiberchor Lehrer Wilhelm, Musik: Adler-Trio, Gesang: Volksgesang Tempelhof-Mariendorf. Eintrittsfrei 0,50 Mark in den Unterrichtsstunden Mittwoch 3-5 Uhr, Schule Berberstraße in Tempelhof, Donnerstag 3-5 Uhr, Schule Röntgenstraße, in Mariendorf, Kaiserstraße und in den Ranunverlaufshäusern.

Die Sanitätszustände in den Ockerhöfen. Zur Unterfuchung der Sanitätszustände sind auf Veranlassung der Ockerhöfen-Sektion des Völkerverbundes etwa 15 Vergleiche in Riga eingetroffen. Sie betreffen sich von hier nach Libau. Nach Abschluss der Reise, die sich über sämtliche größeren Häfen der Nord- und Ostsee erstreckt, wird in Genf über einheitliche Maßnahmen gegen die Einschleppung von Seuchen und zur Verbesserung der gesundheitlichen Einrichtungen der Häfen beschlossen werden.

Der angeklagte Springer.

Nötigung und Beleidigung — aber Freisprechung!

Wehrhaft haben wir uns mit dem Amtsgerichtsrat Springer in Volkswitz beschäftigen müssen, der nicht nur als Hüter der Gerechtigkeit auf dem kurulischen Sessel thronet, sondern auch als nationalistic Agitator Großmeister im Jungdo spielt. Bekannt ist das Urteil, das er eines Tages gegen einen nationalisticen Burschen fällte, der eine sozialdemokratische Wählerversammlung absichtlich durch Klavierpiel und Veranstaltung eines Kaffeegebülls gestört hatte. Dieser Springer sprach den Hausfrieden sbröcher frei mit der Begründung, daß man in Wählerversammlungen ja ohnehin keine ernsthaftige Belehrung erwarte, und daß deshalb jeder nationalistic Rausch das Recht habe, in solchen Wählerversammlungen soviel Lärm zu machen, wie er Lust habe. Ein Hausrecht stehe dem Einberußer der Versammlung keineswegs zu.

Diese im Gerichtsurteil ausgesprochene bewußte Verhöhnung derjenigen, die nicht auf seinem politischen Boden stehen, ist aber nur ein Teil der Geschehnisse, die diesem Geschehnisse als gemein eigen zu sein scheint. In seiner Eigenschaft als Großmeister des Jungdeutschen Ordens leistete er sich, wie wir seinerzeit berichteten, noch ganz andere Dinge. Mit den „Brüdern“ in Oberhausen war er in Pörsenzen geraten, mit der Wirkung, daß eine Reihe von ihnen dem Jungdeutschen Orden den Rücken kehrten. Darauf lud er sie vor das sogenannte „Ordensgericht“. Als sie nicht erschienen und vielmehr vor Gericht mit dem Erfolge klagbar wurden, daß ihnen gerichtliche Bestätigung wurde, sie seien aller Verpflichtungen gegen den Orden ledig —, da schrieb Großmeister und Amtsgerichtsrat Springer ihnen einen Schreibebrief, in dem er bedauernd darauf hinwies, daß er sie nicht mehr ordensrichtern dürfe. Dann aber fuhr er fort:

„Ich habe jedoch, da mir triftige Gründe für Ihr Ausscheiden nicht vorliegen, das Recht, Sie, so oft ich es für nötig halte, unter Namensnennung aus erzieherischen Gründen den Ordensbrüdern als mahnendes Beispiel für Wort- und Treuebrüchigkeit zu bezeichnen.“

Wegen seiner politischen Urteile schwebt gegen den Amtsgerichtsrat ein Disziplinarverfahren. Seit einigen Wochen ist er mit der Hälfte seines Gehalts vom Dienste suspendiert.

Wegen der Bedrohung und Nötigung seiner ehemaligen Ordensbrüder war er als Großmeister jetzt vor dem Schöffengericht in Glogau angeklagt. Er behauptete dort, er habe das Recht, auch auf seine ausgeschiedenen Ordensbrüder „moralisch“ und „erzieherisch“ einzuwirken. Seine Drohungen seien „im Interesse des Ordens und nicht zuletzt im Interesse des Vaterlandes“ geschehen. Lehre Stempel in Volkswitz, der ebenfalls aus dem Orden ausgestreut ist und ebenso wie andere den erwähnten Brief bekommen hat, sagte als Zeuge aus, Springer habe auch erklärt: „Wenn Ihr aus dem Orden austretet, so werdet Ihr in den Stahlhelm nicht aufgenommen. Dann bleibt Euch nur noch das Reichsbanner mit seinen jüdischen Hintermännern übrig. Der Jude Scheyer in Glogau und andere stiften ja schnell mal dem Reichsbanner einige hundert Mark.“

Der Staatsanwalt erblühte in dem Vorgehen des Großmeisters die strafbare Handlung der Nötigung in sechs Fällen und der Beleidigung in einem Fall für vorliegend. Er beantragte deshalb insgesamt — 60 Mark Geldstrafe! Das Gericht aber sprach den amtsrichterlichen Großmeister mit der Begründung frei, man könne ihm nicht widerlegen, daß er sich berechtigt geglaubt habe, auch den ausgeschiedenen Ordensbrüdern noch Vorhaltungen machen zu können. Er könne deshalb „aus subjektiven Gründen“ nicht bestraft werden.

Dieser Freispruch ist, wenn er nicht noch durch die Berufungsinstanz beseitigt wird, geradezu ein Freibrief für nationalistic Richter, sich in politischen Ungezogenheiten zu bewegen. Sie werden immer auf Freispruch rechnen dürfen, weil man ihnen „subjektiv“ keine Geschehnisse zutraut. Nehmen wir an, ein Sozialdemokrat hätte solche Briefe geschrieben, wie der Springer von Volkswitz, so wären die Urteilsfänge über den „sozialistischen Terror“ wahrscheinlich für ewige Zeiten ein hoher Genuss für alle gut Kaiserlichen geworden.

Benesch gegen die Faschisten.

„Regionäre, reinigt die Politik!“

Prag, 15. September. (Eigener Drahtbericht.) Nach Masaryk greift nunmehr auch Außenminister Benesch in die heftigen Kämpfe ein, die in verschiedenen bürgerlichen Parteilagern zwischen Faschisten und Demokraten im Gange sind. In einem Brief an die Regionäre erklärt Benesch, daß die Faschisten seit zwei Jahren eine Politik der Intrigen betreiben, die ein einzigartiges Beispiel von moralischer und politischer Gemessenheit darstellt. Er, Benesch, habe bisher versucht, des gesamtstaatlichen Interesses halber zu schweigen, müsse sich aber nun seiner persönlichen Ehre wehren und auch im Interesse des Staates aufdecken, mit welchen Mitteln der Kampf gegen „die Burg“ (d. h. Masaryk und Benesch, die auf dem Hofschin antizipieren. Red. d. B.) betrieben werde. Ausführlich schildert Benesch seinen Kampf gegen Galda, den er seit vielen Jahren beobachtet und den auch Marschall Foch als gefährlich bezeichnet habe. (Und trotzdem machte man ihn zum Generalsstabschef? Red. d. B.) Sehr heftig wendet sich der Außenminister gegen die Presse der Nationaldemokraten und der Merkanten, die in dem persönlichen Kampf gegen die demokratischen Politiker führt. An die Regionäre richtet Benesch die Aufforderung, für die Reinheit der Politik zu kämpfen.

Das Kriegsgericht arbeitet.

In Spanien.

Madrid, 15. September. (Havas.) Das Kriegsgericht in Segovia hat den Leiter der Artillerieschule zum Tode verurteilt. Auf Vorschlag der Regierung hat der König diese Strafe auf dem Gnadenwege in eine lebenslängliche Zuchthausstrafe umgewandelt. Etwa 30 Offiziere derselben Schule wurden zu längere u. Freiheitsstrafen verurteilt.

Deutsch-afghanischer Freundschaftsvertrag. Gestern sind in Kabul die Ratifikationsurkunden des deutsch-afghanischen Freundschaftsvertrages ausgetauscht worden. Befandtschaften beider Länder bestehen schon seit längerer Zeit, aber jetzt erst sind die diplomatischen Beziehungen vertragsmäßig festgelegt. Der Vertrag bestimmt, daß „ewiger Frieden“ zwischen beiden Ländern bestehen soll, er regelt die gegenseitige diplomatische Vertretung und nimmt für die nächste Zeit Verhandlungen über ein Wirtschaftsabkommen in Aussicht.

Ein Indianerüberfall fand in Mexiko auf einen Zug statt, in dem sich der frühere Präsident General Obregon befand. Es entspann sich ein dreistündiger Kampf zwischen den Angreifern und den Truppen, die den Zug begleiteten. General Obregon wurde gefangen genommen. Er soll inzwischen wieder freigelassen worden sein. Man nimmt an, daß der Anschlag unternommen worden ist, weil General Obregon für die kürzlich erfolgte Verhaftung mehrerer Führer der Jacui-Indianer verantwortlich gemacht wurde.

Die Typhusepidemie in Hannover.

Der Höhepunkt noch nicht erreicht.

Ueber die Ursache der Erkrankungen haben die am Dienstag getroffenen Feststellungen die Annahme bestätigt, daß bei der Mitte August beobachteten Verunreinigung des Riddinger Wasserwerks auch Typhusbakterien in die Leitung gelangt sind. Fast alle Erkrankten stammen aus den Stadtteilen, die von dem Riddinger Wasserwerk mit Trinkwasser versorgt werden; alle Erkrankungen datieren von Anfang September, d. h. etwa 16 Tage nach der beobachteten Verunreinigung; diese Frist stimmt genau mit der Inkubationszeit überein. Die Gesamtzahl der Erkrankten hat sich auf 1097 erhöht; davon sind 477 Männer, 465 Frauen und 155 Kinder.

Bericht des Preussischen Regierungskommissars.

Berlin, 15. September. Dem Amlichen Preussischen Pressedienst wird aus Hannover von einem dorthin entsandten Kommissar des Preussischen Wohlfahrtsministeriums gemeldet:

Die Zahl der Typhusfälle betrug Dienstag abend rund 1000, die Zahl der Todesfälle 30. Leider muß nach menschlichem Ermessen mit einem weiteren Ansteigen der Erkrankungen gerechnet werden, da die Inkubationszeit, d. h. die Zeit vom Beginn der Ansteckung bis zum Ausbruch der Krankheit, noch nicht abgelaufen ist. Ebenso muß leider mit weiteren Todesfällen gerechnet werden, da der Verlauf der Erkrankungen zum Teil ernst ist. Außer den genannten 1000 Kranken, die bereits in Krankenhäusern und Schulen isoliert sind, dürften mehrere 100 Erkrankte in den Wohnungen untergebracht sein. Für Unterbringung auch dieser Erkrankten in Krankenhäusern und Schulen ist gesorgt, für weitere Erkrankungen sind ebenfalls Unterbringungsmöglichkeiten vorhanden. Sowohl mit dem Wehrkreiskommando wie mit dem Robert-Koch-Institut sind Maßnahmen vereinbart zur Stellung von nötigenfalls Tausenden von Betten. Ebenso ist Lympe in völlig ausreichender Menge vorhanden. Arznei und Pflegepersonal stehen genügend zur Verfügung; Rotes Kreuz und Arbeiter-Samariterbund leisten wirksame Hilfe. Die Durchführung der Desinfektion durch Bereitstellung von Desinfektionsmitteln und Personal ist gesichert; die Vermehrung der bakteriologischen Untersuchungen ist im Aufbau.

Die verunreinigten Brunnen sind ausgeschaltet und das gesamte Wasser wird geschloet und behördlich kontrolliert. In den letzten 14 Tagen ist die Keimzahl gleich null. Sämtliche benutzten Wasserwerke liefern einwandfreies Wasser. Es ist nicht anzunehmen, daß vom Wassergenuß weitere Infektionen auftreten; immerhin ist es möglich und in gewissem Grade wahrscheinlich, daß durch Kontakt noch weitere Erkrankungen vorkommen.

Die von den städtischen Kollegien getroffenen Maßnahmen sind von den Regierungsvorstellern eingehend geprüft und als vollkommen einwandfrei befunden worden. Die Schutzimpfungen haben am Dienstag begonnen und werden unter starkem Andrang der Bevölkerung durchgeführt. Daß mit der Schutz-

impfung erst jetzt begonnen worden ist, ist nicht etwa auf den Mangel an Lympe, sondern auf rein medizinische Gründe zurückzuführen.

Uebergreifen des Typhus in die Provinz.

Hannover, 15. September. (III.) Die Typhus-Epidemie dehnt sich über das Weichbild der Stadt aus. Wie aus Barfinghausen, Empelde, Eggestorf, Letter und Seelze im Landkreis Linden gemeldet wird, sind auch dort Typhusfälle zu verzeichnen. Die behördlichen Stellen sind bemüht, weitgehende Sicherungen zu schaffen.

Der Städtische Krankenhausausschuß hielt eine Sitzung ab und beschäftigte sich mit den Maßnahmen zur Bekämpfung der Typhus-Epidemie. Es wird immer mehr Raum zur Unterbringung der Kranken erforderlich, so daß hieraus gewisse Schwierigkeiten entstanden sind. Ebenso reichen bei dem zunehmenden Bedarf die vorhandenen Betten nicht aus. 300 Betten sind seit gestern abend und heute nacht von Berlin mit Lastkraftwagen unterwegs. Weitere 900 Betten gehen heute und morgen als Lieferfracht von Berlin und Münster in Westfalen nach Hannover ab. In der Städtischen Heilstätte „Heidehaus“ wurden heute morgen 100 Betten dadurch freigegeben, daß leichtere Kranke Personen, die ihre Kur ohne Gefährdung ihres augenblicklichen Zustandes auch später fortsetzen können, mit ihrer Zustimmung aus der Heilstätte vorläufig entlassen worden sind. Um die Beförderung der Kranken zu beschleunigen, hat die Stadterwaltung noch zwei neue Krankenwagen beschafft, die gleich den anderen von der Feuerwehr bedient werden. Der Krankenausschuß billigte die von der Stadterwaltung getroffenen Maßnahmen und war der Meinung, daß ohne Rücksicht auf die Kosten alles geschehen müsse, was im Rahmen der Zuständigkeit der Stadt in dieser Frage zu geschehen habe. Oberbürgermeister Dr. Menge teilte mit, daß in den Schulen die Wasserleitungen gesperrt seien, nicht weil die Verwaltung eine Uebertragung von Krankheitserregern durch das Wasser befürchte, sondern weil verhindert werden soll, daß durch übermäßigen Genuß von Wasser die Schüler oder Schülerinnen, namentlich in Verbindung mit Obst, anfällig, d. h. für die Aufnahme von Krankheitserregern besonders empfänglich werden. Ueber die Ursachen der Typhuserkrankungen konnten auch heute im Krankenhausausschuß keine bestimmten Mitteilungen gemacht werden.

Hannover, 15. September. (Eigener Drahtbericht.) Wie vom Landratsamt Linden amtlich mitgeteilt wird, beläuft sich die Zahl der Typhustranken im Landkreis heute auf vierzehn. In Betracht kommen die Ortsteile Barfinghausen, Eggestorf, Empelde, Seelze, Letter. In den beiden letzten Orten, die am nächsten bei Hannover liegen, ist die Zahl der Erkrankten am größten. Man rechnet mit einer weiteren Ausdehnung der Seuche. Die bisher Erkrankten werden vorläufig den Krankenhäusern in Hannover zugeführt. Sollte aber eine Steigerung der Krankheitsfälle eintreten, so wird dem Vernehmen nach das Krankenhaus in Barfinghausen für die Unterbringung der Typhustranken verwendet.

Großfeuer in der Genossenschaftsbrauerei.

Mehrere Dachstühle eingestürzt.

Ein verheerendes Großfeuer beschäftigte gestern nacht viele Stunden lang sieben Löschzüge der Feuerwehren in der Seestraße 23 zu Friedrichshagen. In verhältnismäßig kurzer Zeit standen die Dachstühle eines ganzen Brauereikomplexes in Flammen. Nur unter den größten Schwierigkeiten gelang es den Wehren, eine Katastrophe, die die Einschüderung der Gebäude zur Folge gehabt hätte, zu verhindern.

In der Seestraße 23 befindet sich seit mehr als 20 Jahren die Friedrichshagener Genossenschaftsbrauerei. Vor einiger Zeit wurden umfangreiche Neu- und Umbauten vorgenommen, die jetzt vor ihrer Vollendung standen. Kurz vor 2 Uhr nachts wurde bemerkt, wie aus dem Dachstuhl über dem Gärraum Flammen herausströmten. Die Friedrichshagener Feuerwehr wurde sofort alarmiert, zu deren Unterstützung noch die freiwilligen Feuerwehren von Köpenick und Niederschöneweide herbeieilten. Die Wehren waren zunächst dem entseffelten Element gegenüber machtlos. Der Dachstuhl brannte lichterloh, und die Flammen griffen auf den benachbarten Dachstuhl der Bäckerei über. Kurz nach ¼ 4 Uhr wurde dann der

Alarm „Großfeuer“

weitergegeben. Die Berliner Löschzüge 7, 20 und Wichtenberg II eilten in Begleitung von Oberbranddirektor Gemp, Branddirektor Polzdzich und Bauart-Böselmann nach Friedrichshagen. Inzwischen war auch ein Feuerlöschboot, das noch auf den Albatrosswerken lag und kurz vor der Ablieferung und Indienstnahme stand, zur Hilfeleistung herbeigeeilt. Mit vereinten Kräften gelang es jetzt, das Feuer, das immer größere Ausdehnung anzunehmen drohte, zu umfassen und ein Uebergreifen zu verhindern. Insgesamt wurde aus neun Rohren und von dem Löschboot aus mit drei Rohren größten Kalibers Wasser gegeben. Das Feuerlöschboot hat übrigens seine Feuerprobe sehr gut bestanden. Auf dem Hof der Brauerei wurden mehrere mechanische Leitern in die Höhe gehoben und der Dachstuhl der anschließenden Mälzerei unter Wasser gehalten. Durch diese Maßnahme wurde das Feuer aufgehalten.

Die beiden Dachstühle gingen vollständig nieder.

Sehr viel Gerüstmaterial, das sich auf den Böden befand, wurde vernichtet. Einige im Dachstuhl befindliche Werkstätten wurden gleichfalls ein Raub der Flammen. Auch ein hohes Baugerüst, das die neueren Umbauten umgab, wurde von den Flammen ergriffen und zum großen Teil vernichtet. Hier mußten die Wächmannschaften besonders vorsichtig zu Werke gehen, da fortwährend glühende Balkenstücke durch die Luft sausten. Gegen ¼ 5 Uhr morgens war die Hauptgefahr beseitigt, und die Aufräumarbeiten konnten in Angriff genommen werden, die bis morgens 7 Uhr dauerten. Der Schaden ist sehr beträchtlich. Bis jetzt konnte die Entstehungsursache noch nicht einwandfrei festgestellt werden, doch wird Brandstiftung vermutet. Trotz der späten Nachtstunden hatte sich in dem stillen Friedrichshagen auch aus der Umgebung eine ungeheure Zuschauermenge eingefunden, die von dem gewaltigen Feuerschein, der weit in die Nacht hinaus leuchtete, angezogen worden war.

Die Unterschlagungen im Zellengefängnis.

Mit den umfangreichen Unterschlagungen im Zellengefängnis in der Lehnstrasse hatte sich das Schöffengericht Berlin-Mitte zu beschäftigen. Während der Angeklagte, der Kanzleiangestellte Glas in der Voruntersuchung zugegeben hatte, die gesamten ihm zur Last gelegten Beträge in Höhe von 89 000 M. unterschlagen zu haben, kam er jetzt mit der Behauptung, daß den Hauptanteil kein früherer Vorgelegter, der im vorigen Jahre verstorben war, Justizoberinspektor Wegener, erhalten hätte. Er selbst wollte nur ungefähr 10 000 bis 15 000 M. für sich veruntreut haben, die er in der Hauptsache veruntreut hätte. Aus den Büchern geht aber hervor, daß sogar 50 000 M. veruntreut worden sind. Wie dies möglich war und welche Zustände in den Büchern der Arbeitsinspektion des Zellengefängnisses geherrscht haben müssen, ließ das

vernichtende Urteil eines vernommenen Revisors erkennen. Der Staatsanwalt hielt dabei die Angaben des Angeklagten für glaubhaft, daß ein größerer Teil der Unterschlagungen mit Zustimmung des Vorgelegten Wegener erfolgt wären; denn sonst hätte ein volles Chass im Zellengefängnis herrschen müssen. Das Gericht war auch der Ansicht, es sei dem Angeklagten nicht zu widerlegen, daß mindestens Wegener einen Teil der unterschlagenen Summen erhalten hätte. Mit Rücksicht darauf, daß die mangelnde Kontrolle es dem Angeklagten sehr leicht gemacht hätte, erkannte das Gericht nur zu 1 Jahr 4 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von 7 Monaten und 2 Wochen auf die Untersuchungshaft.

Schülerelbstmord im Auto.

In der letzten Nacht gegen 1 Uhr verlor der 18jährige Schüler Heinz Bühring aus der Pariser Straße 18a in einer Autodrohsche vor dem Hause Budapester Str. 9 Selbstmord durch Erschießen. Der junge Mann bestieg eine Autodrohsche und gab dem Chauffeur Anweisung, ihn nach der Rettungsstelle 7, die in dem Hause Budapester Straße 9 untergebracht ist, zu fahren. Hier angekommen, bat er den Chauffeur, die Nachtglocke zu ziehen. Diesen Augenblick benutzte B., um sich eine Kugel in das Herz zu schießen. Er war sofort tot.

Anklageerhebung gegen Baron v. Oppen.

In der Potsdamer Gesellschaft sieht man mit sehr gemischten Gefühlen einem neuen Entlassungsprozess entgegen, der demnachst das Potsdamer Schöffengericht beschäftigen wird. Dem Baron Oberleutnant Hermann v. Oppen aus Potsdam, der sich seit Jahresfrist im Potsdamer Untersuchungsgefängnis befindet, ist die Anklage wegen Heirats- und Scheckschwindeln erhebt worden. Der Baron war sechs Wochen zur Untersuchung der Landesirrenanstalt Görden bei Brandenburg überwiesen worden. Jetzt befindet er sich wieder im Potsdamer Untersuchungsgefängnis. v. Oppen spielte seinerzeit auf dem Potsdamer Markt eine große Rolle. Zu dem Prozess werden etwa 20 Zeugen geladen, darunter auch viele mit hochklingenden Namen.

Die Potsdamer Testamentsfalschung. Die Verhandlung gegen die 41jährige Professorsgattin Hessolde Schnabel findet nicht vor dem Potsdamer Schöffengericht, sondern vor dem Potsdamer Schöffengericht statt. Die Verteilung der Professorsgattin hat Justizrat A. Josephsohn übernommen.

Ueber 1500 Scharlachkrankungen in Warschau.

Warschau, 15. September. (Mtb.) Die Scharlach-Epidemie in Warschau hat derartig um sich gegriffen, daß jetzt bereits 751 Scharlachkranke in den Warschauer Krankenhäusern liegen. Mindestens ebensoviel Kranke sind in privater Pflege. Voraussetzungen werden aus sanitären Gründen die Schulen vorübergehend geschlossen.

Bei einem Eisenbahnunglück in Australien wurden 26 Personen getötet und 30 schwer verletzt. Das Unglück ist dadurch verursacht worden, daß sich von einem Güterzug vier beladene Wagen lösteten und mit einer Geschwindigkeit von 100 Kilometern bergab liefen. Der Schnellzug, mit dem sie zusammenstießen, hatte eine Geschwindigkeit von 65 Kilometern. Die Maschine und der erste Wagen des Schnellzuges blieben unbeschädigt, dagegen wurde der zweite Wagen, der außerordentlich dicht besetzt war, vollkommen zertrümmert.

Franz Diener in Amerika geschlagen. In einem Zehn-Runden-Kampf in New York wurde der deutsche Boxmeister Franz Diener von dem amerikanischen Boxer Bob Gorman geschlagen.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, Mittwoch, 15. September, abend:

78. Abt. Bahnen, 8 Uhr bei Scharling, Königin-Luise-Str. 42. Mitglieder-versammlung und Abendessen.
118. Abt. Eisenbahnen, Gruppe Hennung: Wegen unerwarteter Verletzung des Sozialen Gruppenabends am Sonnabend, 18. September, 8 Uhr, der Tempel, Gedächtnis, 7.

Sozialpolitik mit Vorbehalt.

Von der deutschen Bauwoche.

In der Zeit vom 7. bis 12. September veranstalteten die bau-gewerblichen Unternehmerorganisationen in Köln eine deutsche Bauwoche. Die drei Hauptorganisationen der Unternehmer dieses Gewerbes nennen sich Deutscher Arbeitgeberbund für das Baugewerbe, Deutscher Wirtschaftsbund für das Baugewerbe und Innungsverband deutscher Bauwerksmeister. Am 9. und 10. September hielten diese Organisationen öffentliche Ta-gungen ab, um „eine Anzahl für das deutsche Baugewerbe und darüber hinaus für die gesamte deutsche Wirtschaft hochbedeutende Vorträge aus dem Munde maßgebender Männer des Baugewerbes“ halten zu lassen. Von Interesse für die Arbeiterschaft ist der Vortrag, den der Verbandspräsident Dr. Grundmann, der geistige Leiter der genannten Unternehmerorganisationen zur Tarifvertrags- und Sozialpolitik gehalten hat. Dr. Grundmann folgte — wenn auch errösend — den Dresdener Spuren Silberbergs. Er lehnte die Sozialpolitik und deren Fortführung nicht schlechthin ab. Allerdings sei seit der Kriegsbeendigung der demokratische Mehrheitswille dem objektiven Recht gleichgestellt worden, was der Sozialpolitik nicht zum Vorteil gereiche. Trotzdem dürfe man dem heutigen Staat nicht grundsätzlich die Mitarbeit an der Sozialpolitik verweigern, jedoch dürfe die Sozialpolitik nicht nur einer Klasse zum Vorteil gereichen, auch müsse man dem Beteiligten an der Sozialpolitik das Recht der Selbstverwaltung geben. Das Verständnis für Sozialpolitik sei überall vorhanden; Sozialpolitik müsse man treiben, dies sei nötig, um alle Arbeitskräfte zu höchster Leistung zu entwickeln und alle Volksgenossen für den Staat zu gewinnen. Das Ausmaß der Sozialpolitik müsse insoweit beachtet werden, daß die Wirtschaft dieses Ausmaß er-tragen könne. Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, können auch die Unternehmer bei der Sozialpolitik mithelfen. Zur Lohn- und Tarifpolitik im Baugewerbe bemerkte der Redner, die Arbeiter des Baugewerbes bedürften eines höheren Lohnes als die übrigen Industriearbeiter. Allerdings sei die Gleichmacherei in den Löhnen zu verwerfen, Facharbeiter müßten einen höheren Lohn erhalten als ungelernete Arbeiter. Ferner müsse im Baugewerbe nach Leistung bezahlt werden, weshalb Affordverträge angestrebt werden müßten. Daß die Bau-arbeiter in die Erwerbslosenfürsorge mit einbezogen sind, sei richtig, dies sei ihnen trotz der höheren Löhne zu gönnen. Der Redner bekannte sich auch zur Tarifpolitik. Er wies darauf hin, daß es nächst dem Buchdruckgewerbe das Baugewerbe gewesen ist, das zuerst zur Tarifpolitik übergegangen ist. Auf dem Standpunkt des Reichstarifvertrages stehen die Bauunternehmer noch heute. Allerdings sei der schematische Achtstundentag für das Baugewerbe abzulehnen. Regen und Frost verhinderten vielfach die geregelte Fortführung der Bauarbeit, so daß bei Einhaltung des Achtstundentages bei weitem nicht täglich durchschnittlich 8 Stunden gearbeitet werde. Das sei ein unhaltbarer Zustand. Hoffentlich würden sich die Bauarbeiterorganisa-tionen in der Frage der täglichen Arbeitszeit noch zu einer anderen Auffassung bekehren. Das Baugewerbe sei ein Saisongewerbe. Von Gesetzes wegen müssen im Baugewerbe Abweichungen vom Achtstundentag zugelassen werden. Allerdings seien die Bauunternehmerorganisationen Gegner jeder staatlichen

Zwangswirtschaft der Tarifverträge. Man dürfe nicht irgend einem Amtsrichter die Entscheidung über die Löhne im Baugewerbe überlassen, dies schädige den Tarifsaften. Auch der Umbildung der Erwerbslosenfürsorge zur staatlichen Arbeitslosenversicherung sei zuzustimmen, nur müsse man sich dabei vor Uebertreibungen hüten. Der Redner ging dann auf die bekannte Rede von Dr. Silberberg in Dresden ein. Auch dieser habe sich zur Sozialpolitik bekannt. Er, Grundmann, könne jedoch nicht so weit gehen, die sozialdemokratische Partei in die Reichsregierung mit einzubeziehen. Dafür lägen keine Gründe vor. Auf die Flut roter Stimmzettel bei Wahlen komme es nicht an. Man müsse die Gesamtstellung der Sozialdemokratie zum Staat beachten. Unter keinen Umständen dürfe die Wirtschaftsmaschine zerstört werden. Die Unternehmer können bolschewistische Methoden nicht mitmachen. Gewiß gebühre dem vierten Stand ein Mitbestimmungsrecht, das habe sich auch einst das Bürgerium gegen Adel und Geistlichkeit erkämpfen müssen. Ueber das Maß dieses Mitbestimmungsrechtes müsse allerdings noch besonders entschieden werden. Gemeinheitsarbeit sei nötig, jedoch müsse

dem Unternehmertum die Führung verbleiben.

Sozialpolitik, wie sie sie meinen, Achtstundentag, wie sie ihn auffassen und Mitbestimmungsrecht, soweit sie es für gut halten. Immerhin, die Unternehmer im Baugewerbe haben in ihren Kämpfen mit der organisierten Bauarbeiterschaft einige Erfahrungen ge-wonnen, aus denen sie ihre Schlüsse ziehen. Sie müßten aber auch wissen, daß die Bauarbeiter in der Frage des Achtstundentages keine Veranlassung gegeben haben, die die Unternehmer zu Hoffnungen in dieser Beziehung ermunterten. Denn trotz des Achtstundentages gebrauchten die Bauarbeiter 10, 11 und noch mehr Stunden, um ihre Arbeiten auszuführen. Der Bauarbeiter arbeitet nicht in einem bestimmten Betriebe, er arbeitet heute dort, morgen wo anders, er kann seine Wohnstätte nicht in der Nähe des Betriebes haben, sein Arbeitsort wechselt beständig, so daß er vor allem in Großstädten vielfach zwei bis drei Stunden täglich braucht, um zur und von der Arbeitsstätte zu gelangen. Dies rechtfertigt auch schon zum Teil die „höheren Löhne“ der Bauarbeiter, über die so viel in bürgerlichen Kreisen geredet wird. Der Bauarbeiter braucht weit mehr Regi-skosten als ein Industriearbeiter. Aber daran denken ja diese Herren nicht, sie lassen sich nur vom eigenen Interesse leiten.

Uebrigens haben sich die Bauarbeiterorganisationen schon freizurecht erklärt, am „schematischen“ Achtstundentag nicht festzuhalten, wenn sich irgend wo in einem Landesteil oder einer Stadt das Bedürfnis zur Längerarbeit herausstellt, d. h. wenn Arbeitskräfte fehlen, und nicht aus anderen Gegenden herbeigeführt werden können. Dann kann zeitweilig durch freie Ver-einbarung unter den Vertragskontrahenten eine Verlänge-rung der Arbeitszeit über acht Stunden täglich hinaus beschlossen werden. Natürlich ist dabei Bedingung, daß die über acht Stunden täglich hinausgehende Arbeitszeit höher entlohnt wird. Aber dies lehnen die Bauunternehmer ab, sie wollen eben die Befestigung des Achtstundentages. Doch davon kann, im Bau-gewerbe zumal, die Rede nicht sein.

der kommunistischen Partei sei, ist unerheblich, denn das Ge-richt weiß nicht, worauf sie sich stützt, möglichenfalls kann sie auf einem unwarren Bericht beruhen. Auch die Beteiligung des Klägers an dem Unzuge beweist nichts für seine Parteizugehörigkeit. Aber durch seine Äußerung gegenüber dem Major Lindau: „Das ist meine politische Ueberzeugung“, sieht das Ge-richt als erwiesen an, daß sich der Kläger zur kommunisti-schen Partei bekennt. Hiernach ist seine Entlassung mit Recht erfolgt. Es ist richtig, wie der Kläger sagt, daß nach der Verfassung jeder das Recht der freien Meinungs-äußerung hat und daß er deswegen nicht benachteiligt werden darf. Nach § 84 des Betriebsrätegesetzes ist der Einspruch gegen die Entlassung begründet, wenn sie wegen politischer Betätigung erfolgt. Aber § 85 des B.R.G. schließt das Recht des Einspruches in dieser Hinsicht aus in solchen Betrieben, die gewissen, unter anderen politischen und militärischen Bestrebungen dienen. Um einen solchen Betrieb handelt es sich im vorliegenden Falle. Die Reichswehr und ihre Einrichtungen dienen dem Schutz der Verfassung, es darf also in ihnen niemand geduldet werden, der den Umsturz der Verfassung anstrebt. Mit-glieder sowohl rechtsradikaler wie linksradikaler Verbände haben in der Reichswehr nichts zu suchen.

Es ist zu wünschen, daß die Reichswehrleitung den letzten Satz des Urteils besonders beherzigt und die rechtsstehen-den Verfassungseinde ebenso energisch aus ihren Reihen entfernt, wie sie es mit dem anscheinend ganz harmlosen, des Kommunismus verdächtigen Arbeiter getan hat. Es ist übrigens nicht einzusehen, wieso ein Mittläufer der Kommunisten, wenn er in der Werkstatt des Zeugamts Gerätschaften der Reichswehr anstreicht, der Staats-sicherheit gefährlich werden könnte. Aber Reichswehr-offiziere, die sich offen als Gegner der Republik be-kennen, und dieser Ueberzeugung bei jeder Gelegenheit Ausdruck geben, bilden ohne Zweifel eine wirkliche Gefahr für die Ordnung und Sicherheit des Staates. Solche Elemente sind bekanntlich zahlreich in der Reichswehr vertreten. Also bitte: Gleiches Maß für die Umstürzler von rechts wie gegen die von links.

Noch eins: Wenn das Reichswehrministerium die Mitglieder-listen der KPD zu kennen glaubt, dann steht es doch wohl durch Spitzel mit den Kommunisten in Verbindung.

Englischer Bergbaukonflikt und Regierung. Morgen neue Schritte.

Nach der Rückkehr Baldwin's wird die Regierung beraten, was nach der Entscheidung der Grubenbesitzer gegen ein nationales Ab-kommen zu tun ist. Man nimmt an, daß die Bezirksverbände der Grubenbesitzer aufgefordert werden, Vertreter nach London zu en-dsenden. Baldwin will mit ihnen prüfen, welche Löhne und Arbeitsbedingungen miteinander übereinstimmen, um sie als Grundlage eines Nationalabkommens zu benutzen. Dabei ist wohl an einen Minier-tarif gedacht, der die eigentliche Lohnregulierung in die Distrikte verweist. Den Bergarbeitern würde damit nicht gebient sein.

Nach einer Meldung des arbeitereindlichen „Daily Telegraph“, die von der T.U. verbreitet wird, hat die Zahl der Arbeitswilligen im englischen Bergbau erheblich zugenommen. Bis jetzt sollen 72 520 Bergleute wieder arbeiten.

Regierung gegen Generalstreik.

London, 15. September. (A.D.) Die englische Regierung wird demnächst im Unterhaus einen Gesetzentwurf einbringen, dem zufolge es den Exekutivkomitees der Gewerkschaften unterlagt ist, die Streikparole auszugeben, ohne vorher eine geheime Ab-stimmung durchgeführt und die Zustimmung einer bestimmten Mitgliederzahl der in Frage kommenden Gewerkschaften erlangt zu haben.

An sich ist gegen die geheime Abstimmung über die Arbeits-einstellung kaum etwas einzuwenden. Es handelt sich hier jedoch um eine Angelegenheit der Gewerkschaften und ihrer Mit-glieder, in die die Regierung sich nicht einzumischen hat. Offenbar ist sie infolge des Generalstreiks auf diese Absicht verfallen. Die Entscheidung über einen Generalstreik aber durch Urabstimmung herbeizuführen, bedeutete die Verhinde-rung jedes Generalstreiks, selbst wenn über 75 Proz. der Mitglieder dafür stimmten. Die englischen Gewerkschaften haben bei ihrem Generalstreik Erfahrungen gemacht, die zu einem zweiten Generalstreik in absehbarer Zeit kaum ermuntern. Um so mehr kann die Regierung auf eine Beschränkung verzichten und die Zeit dafür verwenden, sich mit den Grubenbesitzern zu beschäftigen.

Finanznöte einer englischen Gewerkschaft.

London, 15. September. (T.U.) Die schwierige finanzielle Lage der englischen Gewerkschaften, die infolge der langen Dauer des Streiks eingetreten ist, ergab sich u. a. auch aus der Tatsache, daß die Gewerkschaft der Kesselmacher und Schiffsbauarbeiter Bankschulden im Betrage von 175 600 Pfund hat. Es ist infolge-dessen vorgeschlagen worden, die Gehälter aller Beamten der Ge-werkschaften um durchschnittlich 15 Proz. herabzusetzen, wodurch man 31 000 Pfund jährlich zu ersparen hofft.

Aimmer! Morgen, Donnerstag, 7 Uhr, in den Ruffert-Haus (Großer Saal), Kaiser-Wilhelm-Str. 11, große Mitgliederversammlung. 20 Jahre inter-nationale Gewerkschaftsbewegung. Das Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht — Die Bezirksleitungen werden erucht, eine halbe Stunde früher zu erscheinen, um das Werbematerial in Empfang nehmen zu können. Der Vorstand.

Metalltransportarbeiter!

Morgen, Donnerstag, 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelstr. 24/25, großer Saal, Werberversammlung aller Transportarbeiter aus sämtlichen Groß-Berliner Betriebsbetrieben. Vortrag des Landtagsabgeordneten Genossen Wilhelm Rott über: „Weltweitallianz und Internationaler Gewerkschaftsbund“. Zu dieser Versammlung haben alle Metalltransportarbeiter ohne Unterschied ihrer Organisationszugehörigkeit Zutritt. Ganz besonders sind die unorganisierten Mitarbeiter zu dieser Versammlung eingeladen. Werbemittel und Werbematerial wird am Saaleingang für die Betriebe ausgegeben. Deutscher Verkehrsbund, Section I.

Verantwortlich für Politik: Dr. Carl Geert; Wirtschaft: Felix Göttsch; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Redaktion: Dr. John Schilowski; Lesesale und Sendungen: Fritz Kahlert; Anzeigen: Ed. Glöckler; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Berlin G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 2.

Ein Krautjunker, wie er im Buche steht.

Der Freiherr von Marshall in Sollstedt.

Wie die Geistesverfassung der Krautjunker auch heute noch be-schaffen ist, zeigt die Antwort des Freiherrn von Marshall in Sollstedt (Thüringen) auf ein höflich gehaltenes Schreiben des Deutschen Landarbeiterverbandes, in dem gefragt wurde, ob der Freiherr dem Schiedspruch über die Gewährung einer Erntezulage beitreten will. Die Antwort hat folgenden Wortlaut:

„Rittergut Sollstedt. Sollstedt, den 5. August 1926.

An den Deutschen Landarbeiterverband, Gau Erfurt.

Auf Ihr unaufgefordert zugesandtes Schreiben vom 29. Juli 1926 teile ich mit, daß ich zur Regelung der Angelegenheiten zwischen mir und den beim Ritter beschäftigten Arbeitern Ihrer Ratsschläge nicht bedarf, und daß ich mir jede unerbetene Ein-mischung ihrerseits verbitte.

Ich schlage Ihnen vor, anstatt sich um fremder Leute Dinge zu kümmern und unnötige Schreiben in die Welt flattern zu lassen, sich nützlich zu machen und an der Bergung der Ernte mitzuhelfen.

Im übrigen möchte ich Sie darauf aufmerksam, daß Sie auch in der Republik, bis heute wenigstens, selbst nicht als Gewerkschaftssekretär, die Berechtigung haben, mich um irgend etwas zu erfragen. Wenn Sie irgend etwas von mir wollen, dann haben Sie mich darum zu bitten.

Unterschrift:

gez. Freiherr von Marshall, Rittmeister a. D.

Das ist echter Junkergeist. Der Geist von Jena, der Geist, der das einstige Volk der Dichter und Denker in den Ruf von Hunnen und Barbaren gebracht hat. Dieser Freiherr lebt offenbar noch im Mittelalter, wo der Feudalherr fast unumschränkter Gebieter über Leben und Eigentum seiner Leibeigenen war. Nicht einmal moderne Umgangsformen hat er sich angeeignet.

Was würden wohl die landwirtschaftlichen Unternehmer und ihre Organisationen sagen, wenn sich ein Landarbeiter in ähnlichem Tone wie der Herr Rittmeister a. D. äußert? Helfen kann einer solchen Rücksichtslosigkeit gegenüber nur eins: Die Landarbeiter müssen den Deutschen Landarbeiterverband so stark machen, daß die landwirtschaftlichen Unternehmer sich jedes Wort den Arbeitern und ihrer Organisation gegenüber zehnmal überlegen. Diesen Lüm-meln müssen ihre Arbeiter Höflichkeit beibringen.

Die starke Faust nach links.

In einem Reichswehrbetriebe.

Ein Anstreicher R., der 24 Jahre im Zeugamt Spandau, einem Betriebe der Reichswehr, beschäftigt war, wurde entlassen, weil man ihn an zuständiger Stelle für einen Kommunisten hielt. Diese Annahme ist zurückzuführen auf die Beobachtung eines Unterfeldwebels, der den Anstreicher R. einmal in einem Demonstrationszuge sah, dessen Teilnehmer Abzeichen des Roten Frontkämpferbundes trugen. Daß auch R. ein Abzeichen getragen habe, hat der Unterfeldwebel nicht ge-sehen.

R. erhob beim Gewerbegericht Einspruch gegen seine Ent-lassung. Er behauptete, er sei weder Mitglied noch Anhänger der kommunistischen Partei. An dem fraglichen Demonstrationszuge, der für den Volksentscheid über die Fürstentümernung stattfand, habe er sich als Mitglied einer Arbeiter-Turn-vereinigung beteiligt.

Der Vertreter des Zeugamts hatte im ersten Termin erklärt, R. sei Anhänger der kommunistischen Partei, daß er deren Mitglied sei, werde nicht behauptet. Im zweiten Ter-min erklärte der Vertreter, er könne nunmehr auf Grund einer Auskunft vom Reichswehrministerium posi-tiv behaupten, daß R. eingeschriebenes Mit-glied der kommunistischen Partei in Spandau sei.

Diese Angabe bezeichnete R. als falsch. Auf Befragen durch den Vorsitzenden des Gerichts erklärte er sich bereit, zu beschwören, daß er nicht eingeschriebenes Mitglied der KPD sei.

Der Kommandeur des Zeugamts Spandau, Major Lin-dau, wurde als Zeuge gehört. Er sagte, er habe R. vor dessen Entlassung gefragt, ob er dem Roten Frontkämpferbund angehö-re, und als R. dies verneinte, habe der Major gesagt: „Dann sind Sie Mitglied der kommunistischen Partei, Sie sind doch mit einer roten Armbinde und mit einer roten Fahne gesehen worden.“ Darauf habe R. geantwortet: „Das ist meine politische Ueberzeugung, darüber, und über das, was ich nach Feierabend tue, habe ich keine Auskunft zu geben.“

R. behauptete dagegen, er habe nur gesagt, über seine po-litische Ueberzeugung und seine Tätigkeit nach Feierabend habe er keine Auskunft zu geben.

Der Vertreter des Zeugamts berief sich auf eine Verfügung des Reichswehrministers vom 18. August 1924, welche besagt, daß Mitglieder von Parteien, die den Umsturz der Reichsverfassung erstreben, in den Betrieben der Reichswehr nicht beschäftigt werden dürfen.

Das Gericht, unter Vorsitz des Obermagistratsrats Schulz, erkannte auf Abweisung der Klage mit der Begründung: Die Auskunft des Ministeriums, wonach der Kläger Mitglied

Berliner - Elektriker - Genossenschaft
Berlin N 24, Elsässer Str. 86-88 | Filiale Westen, Wilmersdorf
Fernsprecher Norden 65 25 u. 65 26 | Landhausstraße 4. Tel.: Platzburr 9831
Ausstellungsräume und Lager
Alexanderstr. 39-40 (Alexander-Passage) Tel.: Königsstadt 540.
Elektrische Anlagen jeder Art u. jeden Umfangs
zu kulantem Zahlungsbedingungen.
Beleuchtungskörper und Osram-Lampen zu Fabrikpreisen.

Der gute Kapitän-Kaulabak
altes deutsches Bier
reines malts
C. Röcker, Berlin
Lichtenberger Straße 12. Kest. 3661

Holst Hoffmann
Episoden und Zwischenrufe
aus der Parlaments- und Ministerzeit.
Preis 1 Mark. Serie 5 Pfennig
Vorrätig in allen Vorwärts-Ausgabestellen.

DER KLEINE BROCKHAUS
Preis M. 25,-
Auch in Ratenzahlung
Zu beziehen durch
J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H.
Berlin SW. 68, Lindenstraße 2
(Abteilung Sortiment)
und sämtl. Vorwärts-Ausgabestellen

Sport-Stiefel
Wanderstiefel :: Bergstiefel
nur in dem bekannten Spezialgeschäft
Berlin
H. Bähr
Spittelmarkt 1
a. h. Brücke

Hausmusik auf Kredit!
Erschl. Sprech-Apparate
mit Plattenzugabe.
Geringe Anzahlung und kleinste Rate
Platten aller Marken zu Listenpreisen in großer Auswahl.
Musikhaus E. Feldhammer
Berl. S 42, Ritterstr. 34. Telefon: Dönhof 2534
Fordern Sie kostenloses Prospekt ein oder besichtigen Sie
meine Vorratungsräume von 9-7 Uhr (auch Sonnabends)
Kaufen Sie nur in einem Spezial-Sprechmaschinen-Geschäft!

Lebenslängliche Garantie
leiste ich als Selbsthersteller auf die bei mir gekauften
Trauringe
zu billigsten Preisen
in den gelegendsten Ausführungen
Preisliste gratis
Hermann Wiese, Berlin
N 24, Artilleriestr. 30
W. Passauer Straße 12
Des. geschützt